

Marianne Jordi
Jakob Signerstrasse 6
9050 Appenzell
marianne-jordi@bluewin.ch

9050 Appenzell, 16. April 2021/majo

Schweizerische Bundeskanzlei
Herr Bundespräsident G. Parmelin
Frau Bundesrätin K. Keller-Sutter
Herr Bundesrat I. Cassis
Bundeshaus West
3003 Bern

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrter Herr Bundesrat,

am 7. April 2021 sind es zehn Jahre her seit dem Beginn des Syrienkrieges.

10 Jahre Syrienkrieg ist kein Jubiläum zum Feiern. Vielleicht ist es ein Grund gründlich darüber nachzudenken, was es bedeutet, wenn ein Konflikt über die Jahre hinweg zu 12 Millionen Flüchtlinge führt und es niemanden kümmert, wie sich diese Zahl reduzieren liesse. Zum Leid in Syrien gesellt sich die Hungerkatastrophe in Jemen. Auch hier herrscht ein Konflikt, der weitere 400'000 Menschen in die Flucht treibt. Gemäss UNHCR gibt es weltweit 80 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Vielleicht sind sie noch auf einer Fluchtroute, vielleicht befinden sie sich in einem Flüchtlingslager oder in einem Auffanglager und vielleicht ist es ein paar Wenigen geglückt in einem fremden Land anzukommen, wo sie als vorläufig Aufgenommene geduldet sind.

Ich nehme nicht an, dass Sie von diesen Tatsachen nichts wissen. Ich gehe eher davon aus, dass Sie dieses Geschehen, so wie viele andere Menschen, ignorieren, nach dem Motto «wir sind hier in der Schweiz, weit weg von allem und da lässt sich nichts machen». Zudem sind wir in erster Linie für die Schweizer Bevölkerung verantwortlich. Möglicherweise stehe ich allein auf weiter Flur mit meinen diesbezüglichen Gedanken, die mich nachts einholen und nicht schlafen lassen. Ich stelle mir das Leben einer Flüchtlingsfamilie in einem sogenannten Camp vor. Eine Mutter, zwei, drei minderjährige Kinder, der Vater irgendwo, verschollen, ertrunken oder weit weg in einem anderen Land. Was sagt diese Frau ihren Kindern bei einem mehrjährigen Lageraufenthalt, wenn diese nach der Zukunft fragen? Was wird aus diesen Kindern, die vermutlich nur mit einer minimalen Schulbildung aufwachsen? Gibt es da Aussichten auf ein späteres gelingendes Leben? Weitere Aspekte sind die Gesundheit, die Sicherheit betreffend Frauen und Mädchen sowie das ganze soziale Umfeld und dessen Einfluss auf die Jugendlichen.

Es ist dringend notwendig solche Ansammlungen von Vertriebenen abzubauen, indem wir uns um eine Verbesserung der Lebensumstände in deren Herkunftsländern bemühen. Von solchen Bemühungen ist zurzeit nichts zu sehen.

Meinungsverschiedenheiten, Konflikte jeder Art werden in Gesprächen gelöst; Lösungsansätze ergeben sich in der Diskussion. Wo der Dialog endet, beginnt die Gewalt und Gewalt erzeugt Gegengewalt und keine Lösungen.

In der Politik wird viel geredet, doch lieber über Handelsbeziehungen, Freihandelsverträge, und über Menschenrechte, welche von anderen Staaten nicht eingehalten werden; über Fluchtursachen, Flüchtlinge und die Zustände in deren Aufenthaltsorten wird geschwiegen. Wie menschenrechtskonform sind diese Stätten?

Die Flüchtlingspolitik ist in der jüngeren Schweizer Geschichte kein Ruhmesblatt. Die Berichte der letzten 100 Jahre zeugen davon. Im Herbst 2020 wurde eine Petition eingereicht und um eine Evakuierung der griechischen Flüchtlingslager ersucht. Diese Forderung verhallte im Wind. Ich erwarte nicht, dass die Schweizer Regierung massgebend zur Lösung des weltweiten Flüchtlingsproblem beitragen kann. Was sie jedoch tun könnte, wäre bei allen aussenpolitischen Handlungen diesen Zustand anzusprechen und auf Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien zu beharren, friedensfördernde Massnahmen anzustossen und umzusetzen und vor allem die internationale Gemeinschaft an deren Verantwortung für den Weltfrieden zu mahnen. Dies erwarte ich von unserer Regierung, welche sich doch immer wieder auf die humanitäre Tradition der Schweiz beruft.

Freundliche Grüsse
Marianne R. Jordi